AfA-Landesdelegiertenkonferenz am 21. November 2009 in Karlsruhe

Resolution

Grundlagen politischen Handelns

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer Wirtschaftskrise von historischem Ausmaß. Doch statt auf sozialen Ausgleich zu setzen, haben die Bürgerinnen und Bürger bei der Bundestagswahl 2009 eine neue Bundesregierung an die Macht gespült, die mit ihren Parteiprogrammen für das genaue Gegenteil steht.

Sie steht für die Reduzierung des Freiheitsgedanken auf die „Freiheit der Gewinnmaximierung". Und mit ihr wurde das „Leistungsprinzip" pervertiert zum Prinzip „Leistung soll sich wieder lohnen", aber nur für Spekulanten und Renditejäger. Unter Menschenwürde versteht man Bankgeheimnis und Persönlichkeitsschutz für prominente Steuerhinterzieher.

Was wir jetzt brauchen, ist eine andere Politik. Eine Politik, in deren Zentrum Ausgleich und soziale Gerechtigkeit stehen. Eine Politik, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Mitbestimmung und Teilhabe am von ihnen erwirtschafteten Erfolg sichert. Wir brauchen nach der Vergötterung der freien Märkte einen Neustart, eine neue Balance von Markt und Staat. Wir brauchen einen Staat, der Regeln für die Wirtschaft aufstellt und diese auch kontrolliert.

Deshalb muss Politik am Erhalt der Arbeitsplätze ansetzen, soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Handelns rücken und Managern und Banken auf die Finger klopfen. Wir können nicht länger mit ansehen, wie die Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft weiter zunimmt.

Unternehmensgewinne und Managergehälter stiegen in astronomische Höhen. Gleichzeitig wuchs auch die Unterschicht, während die Mittelschicht drastisch schrumpfte – etwa 5 Millionen Menschen rutschten von der Mittel- in die Unterschicht ab. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist seit Jahren stark rückläufig.

Anforderungen und Antworten auf die aktuelle Wirtschaftskrise

Die aktuelle Finanzkrise weckt bei vielen Ökonomen Erinnerungen an die große Weltwirtschaftskrise am Ende der Weimarer Republik. Ein direkter Vergleich ist falsch. Dagegen spricht schon allein der bisherige Umgang mit der Krise. Wurden damals Ausgaben und Sozialleistungen massiv gekürzt, hat die Regierung jetzt mit Rettungsschirmen und Konjunkturpaketen gegengesteuert.

Bisher konnte die Katastrophe am Arbeitsmarkt weitgehend verhindert werden. Ohne die Instrumente wie Kurzarbeit, Zeitkonten und Beschäftigungssicherungsverträge, hätte die Krise wahrscheinlich noch viel tiefer in das Fleisch der Arbeitsplätze geschnitten.

Aber: Es kann doch nicht sein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Kurzarbeit und Zugeständnisse im Rahmen betrieblicher Vereinbarungen einen Teil der Krisenlasten schultern, auf dringend benötigtes Geld verzichten, während die Verursacher des Desasters an den internationalen Finanzmärkten jetzt durch eine unverschämte Kreditpolitik Betriebe und Arbeitsplätze vor die Wand fahren, nur damit die Bankbilanz auch in Krisenzeiten aufgehübscht werden kann.

Derzeit sind allerdings viele Gesundbeter unterwegs. Sie sagen, die Krise sei so gut wie vorbei. Doch deren Prognosen sind so nachhaltig wie eine Sternschnuppe. Fakt ist: Die

Wirtschaftskrise ist nicht beendet. Wenn man nach einem freien, tiefen Fall auf dem Boden aufschlägt, lässt sich nicht von Aufschwung reden.

Grundsätzlich muss gelten, dass Kurzarbeit Vorrang vor Entlassungen haben muss. Die Zeiten der Krise dürfen nicht als Jahre der Massenentlassungen in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen.

Um Beschäftigung zu sichern, Menschen vor Arbeitslosigkeit und vor sozialem Abstieg bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu bewahren, fordert die AfA:

- Die Landesregierung muss ein industriepolitisches Konzept erarbeiten, das hilft, den Strukturwandel zu bewältigen. Dazu muss zügig ein Fonds eingerichtet werden, mit dem die Eigenkapitalbasis und damit die Kreditfähigkeit von Unternehmen in der Krise gestärkt werden kann.

- Die Bundesregierung muss den Bezug des Kurzarbeitergeldes für 24 Monate auch für 2010 verlängern, ebenso das Transferkurzarbeitergeld und den Bezug von Arbeitslosengeld I. Und wir brauchen auch in Zukunft eine gesetzliche Förderung der Altersteilzeit. Die Rente mit 67 ist der falsche Weg.

- Die Arbeitgeber sollen Instrumente wie Kurzarbeit in vollem Umfang nutzen, um die Belegschaften zu halten, die Zahl der Ausbildungsplätze sichern und ausgebildete Fachkräfte übernehmen. Wir müssen alles tun um den jungen Menschen eine Perspektive bieten. Sie werden im nächsten Aufschwung in den Betrieben gebraucht.

- Wir unterstützen Modelle zur vorübergehenden Arbeitszeitreduzierung zur Beschäftigungssicherung. Ein solches Modell funktioniert nur, wenn die Kolleginnen und Kollegen zumindest einen Teillohnausgleich erhalten und betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind.

- Um den Produktivitätssteigerungen der Zukunft zu begegnen, brauchen wir alle Formen der Arbeitszeitverkürzung.